

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt
Rieser
Stempel Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großgörs, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Rieser 1880.
Zirkel:
Rieser Nr. 52.

Nr. 276.

Donnerstag, 27. November 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Interesses von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe von Bestellungen in Kontants. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Eine Rede

des Reichshauptpräsidenten Dr. Luther.

Berlin. (Funkpruch.) Auf der heutigen Tagung des Reichshauptpräsidenten Dr. Luther unter anderem folgendes aus:

Wenn noch jemand an der Bestehenheit der deutschen Währungsreform zweifelt, dann müßte ihn die gegenwärtige Krise, in der die Wirtschaft vollendet und politisches in Ordnung ist, die Wirtschaft aber feststeht, eines Besseren belehren. Viele von den nach Zahl und Kapitalbedeutung überschritten Kapitalrückstellungen in den kritischen Wochen nach der Reichstagswahl haben inzwischen festgestellt, wie schlecht sie (verfallen) hatten. Die sieben Jahre alte Reichsmark hat die 7 wöchentlich nicht selten Jahre durchgehalten und sie wird noch viele Male 7 Jahre durchhalten. Wenn in der gegenwärtigen Zeit immer wieder Gedanken auftauchen, die unter Wahrung jeder geschichtlichen Erfahrung neuartiges Geld schaffen wollen, so wird dabei übersehen, daß die Sache derartiger Experimente von der deutschen Wirtschaft, das heißt, vom deutschen Volk bejaht werden müßte.

Es besteht die große Gefahr, daß heute so mancher Politiker, gleich welcher Partei, keine genügende Vorstellung von der Abhängigkeit hat, in der sich Deutschland wegen der kurzfristigen Auslandverschuldung befindet. Deswegen, und weil es noch nicht möglich ist, vom Ertrage der eigenen Scholle zu leben, sind wir auf die Entwicklung eines großen Außenhandels und dadurch wiederum auf das wirtschaftliche Vertrauen des Auslandes angewiesen. Es hat keinen Zweck und bringt nicht vorwärts, den Kopf hängen zu lassen, man muß versuchen, die wirksamen Kräfte lebendig zu machen, und nach jeder Auswegsmöglichkeit zu spähen.

Ein im Innern hartes Deutschland hat auch jetzt noch Erfolgsmöglichkeiten im außenpolitischen Ringen. Geschlossener nationaler Wille — die Rentenmark hat es gezeigt —, erzwungen im Auslandes Verständnis für deutsche Notlagen. Gelänge es, die ungeschorene Kräftezusammenfassung zu einer wirklichen Regierungsgewalt im Reich, gelänge die Reichsreform, so würde durch die Einsetzung dieser verstärkten Kraft des Reiches Deutschlands Plage sehr erleichtert werden, besonders auch zugunsten des deutschen Ostens.

Man soll sich nicht durch Weltwirtschaftskrisis, durch Reparationen und durch den großen sozialen und wirtschaftlichen Umformungsprozeß, durch den Deutschland hindurch muß, lähmen lassen. Deutschland wird auch hier hindurch kommen, denn in ihm lebt zu viel gesunder Menschenerhand, um sich auf das Experiment einer radikalen Umwälzung seines Wirtschaftssystems einzulassen.

Je fester und entschlossener das deutsche Volk danach strebt, durch Senkung der Produktionskosten und Preise möglichst vor den anderen die neuen Ufer zu erreichen, desto besser werden seine wirtschaftlichen Zukunftsaussichten sein. Hier liegt auch vom Standpunkt des inneren Marktes aus, der die Tragfläche jeder gesunden Ausfuhr ist, also auch für die Landwirtschaft, Deutschlands besondere Chance.

Auch die leidenschaftlichen Kämpfer einer Revision sind sich darüber klar, daß kein deutscher Revisionismus dahingehen könnte, Schulden, die privatrechtlichen Charakter tragen oder deren Gläubiger Privatsind, nicht rechtzeitig bezahlen zu wollen. Was aus den Erörterungen über das sog. Moratorium oder die Revision auch werden möge, Deutschland wird seine privaten Schuldverhältnisse ordnungsmäßig und bei Pünktlichkeit erfüllen.

Je deutlicher wir die deutsche Unterdrückung unter dem Hauptplan als uns bindend anerkennen, desto wirkungsvoller können wir von dem Vertragsgegner fordern, was ihnen vertragsmäßig obliegt. Man sollte darauf rechnen können, daß insoweit wachsender Einsicht in die weltwirtschaftlichen Gefahren der jetzigen Reparationsregelung das, was nicht bestehen bleiben kann, geändert wird.

Amerikas Vertrauen zu Deutschland

Im Rahmen der Vortragsreihe „Im Kampf gegen die Krise“ sprach gestern auf der Deutschen Welle der Präsident der amerikanischen Handelskammer in Deutschland, Frederick King, über „Die deutsche Wirtschaft im Urteil des Auslandes“. Er führte etwa folgendes aus: Was Deutschland in den letzten zwölf Jahren geschaffen hat, hat die uneingeschränkte Bewunderung der Amerikaner erregt, die ihre Kapitalien nicht in Fabriken in Deutschland und in Anlagen für Deutschland anlegen würden, wenn sie nicht von Deutschlands Zukunft überzeugt wären.

Führende Wirtschaftler Amerikas sind überzeugt, daß sich Amerika im eigenen Interesse der Lösung des Problems der Reparationen und Kriegsschulden und damit der Weltwirtschaftskrise wird hingeben müssen.

Im Hinblick auf Deutschland findet der Amerikaner, daß die Warenpreise für den Innenmarkt häufig über dem Ausfuhrpreis liegen und daß die Spanne zwischen den Erzeugerpreisen und den Kleinhandelspreisen weit größer ist als in Amerika. Der Weg vom Erzeuger zum Konsumenten ist zu teufelhaft. Bezüglich der vermeintlichen Überproduktion ist es wichtig, daß der deutsche Innenmarkt von der eigenen Wirtschaft vernachlässigt und den Auslandsmärkten als der Quelle alles Reichtums zu großer Wert beigemessen wird. Ausfuhr-

Deutschland protestiert.

Berlin, 27. November.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung, die bis gegen Mitternacht dauerte, mit den Vorgängen in Ostoberschlesien.

Es wird wegen der Gewalttätigkeiten und wegen der Wahlentziehungsmethoden gegenüber der deutschen Minderheit an den Völkerverbund appelliert. Die Note wird im Laufe des heutigen Tages abgefaßt werden. Weitere Einzelheiten über den deutschen Schritt werden heute bekanntgegeben.

Die Vorfälle in Golašowitz

Deuthen, 27. November.

Die Ermittlungen über die Vorgänge in Golašowitz haben folgendes Ergebnis gehabt: Am Sonnabend, dem 22. November, zwischen 1 und 2 Uhr mittags erschien in Golašowitz das dem Sorauer Gasthausbesitzer gehörige Lastauto mit etwa 25 teilweise uniformierten und bewaffneten Aufständischen, die unmittelbar nach ihrer Ankunft den zufällig aus dem Pfarrhause heraus tretenden Organisten Rigalle überfielen. Rigalle stürzte in das nahegelegene evangelische Gemeindehaus. Die Aufständischen folgten ihm dorthin nach, ergriffen und mißhandelten ihn und verlangten die Herausgabe der deutschen Wahlzettel. Im Zusammenhang damit nahmen sie eine Durchsuchung der Räume des Gemeindehauses vor und drangen auch in das nächste Stockwerk ein, wo sich die deutsche Minderheitschule befindet, in der gerade Unterricht abgehalten wurde. Infolge des Tumults brach unter den Schültern eine Panik aus. Schließlich verließen die Aufständischen das Gebäude, nachdem sie dem Organisten Rigalle im Beisein der Lehrerin Fuchs gedroht hatten, daß sie zurückkommen und das ganze Gebäude in die Luft sprengen würden. Sie verteilten sich dann über das Dorf, wo sie ebenfalls noch vereinzelte Mißhandlungen vornahmen, beispielsweise den Landwirt Witsch zwangen, mit erhobener Hand zu schwören, daß er bei den Wahlen für die Regierungspartei stimmen werde.

Inzwischen hatte der evangelische Ortsgeistliche Hartlinger, der die Vorgänge im Gemeindehaus beobachtet hatte, zu wiederholten Malen versucht, die nur wenige hundert Meter entfernte Polizeiwache zu alarmieren, die sich jedoch nicht meldete. Dem Organisten Rigalle war es indes gelungen, die Wache zu erreichen, wo er die Vorfälle dem Polizeikommandanten zu Protokoll gab. Dieser war während der ganzen Ausschreitungen auf der Wache gewesen, hatte aber weder sich zum Einschreiten bewegen gefühlt, noch sich auf den telephonischen Anruf des Pfarrers gemeldet. Ein Teil der Gemeindeglieder, darunter die Mehrheit der Gemeinderäte, hatten sich bald nach diesen Vorgängen zusammengefunden, um zu beraten, was im Falle des von den Aufständischen angekündigten nachmaligen Angriffs auf das Gemeindehaus zu unternehmen sei. Im Anschluß daran begaben sie sich zu dem Gemeindevorsteher Dolag, um eventuelle Sicherheitsmaßnahmen zu besprechen. Dolag, der selbst dem Aufständischen-Verband angehört, verhielt sich völlig passiv. Hartlinger hat an diesen Besprechungen nicht teilgenommen.

Gegen 9 Uhr abends kamen die Aufständischen nach Golašowitz zurück; gleich darauf wurden die Fensterhebel im Gemeindehaus von allen Seiten eingeschlagen. Die Bewohner des Hauses schlugen Alarm, um Hilfe zu erhalten, der Küster begann, die Kirchenglocken zu läuten. Der Ortsgeistliche Hartlinger begab sich daraufhin zum Gemeindehaus, um sich die Beschädigungen anzusehen und die aufgeregte Menge zu beruhigen. Auch diesmal blieb die Orispolizei unerschrocken. Hartlinger begab sich deshalb ins Pfarrhaus zurück, um die Polizeistation anzufragen, die aber wiederum nicht antwortete. Kurz nach 10 abends erschollen dann vom Gemeindehause her neue Schreie und Hilferufe, die den Pastor, der sich bereits niedergelegt hatte, veranlaßten, nach den Ursachen zu forschen. Was sich draußen in der Dunkelheit abgespielt hat, ist im einzelnen noch nicht aufgeklärt. Fest steht jedenfalls nach zahlreichen Zeugenaussagen, daß die

möglichkeiten sind für die deutsche Wirtschaft Lebensbedürfnis, aber von einer Sättigung des deutschen Marktes kann wohl nicht die Rede sein. Die Warenpreise müssen gesenkt, der Weg vom Erzeuger zum Konsumenten geebnet werden, und wenn dann die Preise sich mehr dem Weltniveau nähern, so wird auch die Kaufkraft da sein, um das Geschäft und die Produktion lohnend zu gestalten. Mit Rücksicht auf die zunehmende Anhäufung von Kapital und Gold in den Vereinigten Staaten, die dafür keine entsprechende Verwendung haben, ist es notwendig, überschüssiges Kapital im Auslande anzulegen. Es liegt auf der Hand, daß Deutschland, dessen Anlagensicherheit in Amerika mit hundert Prozent angesehen wird, ein Betätigungsfeld ersten Ranges darstellt. Amerika hat, so schön der Redner, den Krieg längst vergessen und bemüht sich aufrichtig, den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft innerhalb seiner Fähigkeiten hilfreich zur Seite zu stehen.

Dorfbewohner nochmals von den Aufständischen überfallen worden sind und sich schließlich in ihrer Verzweiflung zur Wehr gesetzt haben. Bei diesem Zusammenstoß wurde eine Person, die dann später als der Polizeikommandant Sanopla erkannt wurde, niedergestochen. Es ist in keiner Weise erwiesen, daß er das Opfer eines Deutschen geworden ist; es ist vielmehr angesichts der großen Dunkelheit und des wilden Tumultes mindestens ebenso wahrscheinlich, daß einer von den auswärtigen Angreifern ihn getötet hat. Jedenfalls sind es die deutschen Dorfbewohner gewesen, die sich sofort mit allen Kräften um den Verwundeten bemüht haben, ihn ins Gemeindehaus schafften, dort sorgfältig verbanden und nach dem Arzt schickten. Bei den Ereignissen, die zu diesem bedauerlichen Vorfall führten, ist Pastor Hartlinger nicht zugegen gewesen.

Tendenzvolle polnische Entstellung der Terrorakte in Ostoberschlesien.

Warschau. Das polnische Innenministerium hat der amtlichen Polnischen Telegraphenagentur folgende Darstellung der letzten Ereignisse in Ostoberschlesien gegeben:

Die Behörden haben Ruhe und Wahlfreiheit sowohl in der Wahlperiode wie auch am Tage der Wahl zum Senat und zum schlesischen Sejm gewährleistet. Die Ruhe wurde nur in einigen Ortschaften wegen allzu lebhafter Wahlagitatorien gestört. Am erheblichsten ist der ruhige Wahlverlauf durch herausforderndes Auftreten des schon seit einer Reihe von Jahren durch seine Heftigkeit bekannten Hartlinger gestört worden, aufgrund dessen durch einen deutschen Stoßtrupp der Polizeihauptmann Schwanke im Augenblick, da er seiner Dienstpflicht nachkam, ermordet wurde. Uebrigens sind noch drei polnische Bürger deutscher Nationalität geschlagen und einige Votale in Hohenstein verletzt worden. Endlich ist der polnische Arbeiter Stellmach in Nowywiez getötet worden.

Entgegen den tendenziös verbreiteten Nachrichten hat kein polnischer Bürger deutscher Nationalität das Leben verloren. Auch kam es mit Ausnahme der oben genannten Fälle zu keinen ernstlichen, den Wahlverlauf störenden Zwischenfällen. In allen festgestellten Fällen einer Ruhestörung ist eine sofortige Untersuchung eingeleitet worden sowohl gegenüber den Ruhestörern als auch gegenüber den Behörden, denen es obliegt, die Ruhe zu sichern. Bis zum gegenwärtigen Augenblick wurden im Zusammenhang mit diesen Zwischenfällen schon mehrere Personen verhaftet. Unabhängig davon führen die Polizeibehörden in einigen germinatürlicheren Vorfällen, wie Einschlagen von Scheiben, Schlägereien bei Versammlungen usw. Untersuchungen, um die Schuldigen zu entdecken und zu bestrafen.

Bei dieser Gelegenheit kann die Feststellung nicht umgangen werden, daß die Aufgabe der Behörden durch einen verkehrswirtschaftlichen Selbstzug gewisser Organe der Auslandspresse planmäßig erschwert wird, die es sich augenscheinlich zum Ziel gesetzt haben, zwischen Deutschland und Polen ständig zu heben und sogar die allerletzten Zwischenfälle zum Schaden des friedlichen Zusammenlebens der dortigen (ostoberschlesischen) Bevölkerung ins Unerbittliche zu vergrößern. Gleichzeitig kann man nicht umhin, die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die polnische Bevölkerung seit einer gewissen Zeit alarmiert ist durch die revisionistische Kampagne gewisser deutscher Faktoren sowie durch die Nachrichten über das Schicksal der polnischen Bevölkerung jenseits der Grenze, wo letzthin Ueberfälle von Stoßtrupps auf die polnische Bevölkerung und Verhörung von Schulen und Wohnungen stattgefunden haben.

Hierzu erfahren wir von zuständiger Stelle: Diese Meldung ist eine vollkommen tendenziöse Entstellung der wahren Tatsachen.

Die deutsche Regierung wird Gelegenheit nehmen, den wirklichen Sachverhalt eingehend in der Note darzustellen, die sie wegen der Terrorakte dem Generalsekretariat des Völkerverbundes übermittelt.

Eine Erklärung Calonders

Kattowitz, 27. November.

Der Präsident der Gemischten Kommission für Ostoberschlesien, Calonder, übergibt der Presse folgende Mitteilung: In der Presse ist ein an mich gerichteter offener Brief verschiedener deutscher Verbände veröffentlicht worden, in welchem ich zu Erfüllung meiner Pflicht ermahnt werde. Ich sehe mich nicht veranlaßt, darauf irgendetwas zu antworten. Die deutsche und die polnische Minderheit haben auf meinen Schutz stets zählen können. Im gleichen Schreiben werde ich ersucht, dahin zu wirken, daß Polnisch-Oberschlesien an Deutschland zurückgegeben werde. Diese das Pflichtgefühl des Präsidenten der Gemischten Kommission verletzende Zumutung weise ich mit Entrüstung zurück. Die letzte Grenze ist die selbstverständliche Grundlage meiner Willen.